

Kölner Erwerbslosen Anzeiger

KÖLNISCHES FLUGBLATT

UNABHÄNGIG - SEIT 2003 - UNTERTBEHRLICH

Donnerstag 0

2003 - Nr. 2a - HD/HP - D: 0,00 €

Extrablatt

Massendemo der 100.000 in Berlin

Extrablatt

100.000 demonstrieren: Wir sind das Volk!

Mehr als 100.000 Menschen demonstrierten am Regierungssitz in Berlin gegen die radikale Zerschlagung der sozialen Sicherungssysteme bei Erwerbslosigkeit, Krankheit, Alter und Armut. Unter dem Motto „Es reicht! Alle gemeinsam gegen Sozialkahl Schlag zogen die Teilnehmer vom Alexanderplatz zum Gendarmenmarkt, um ihrem Zorn Luft zu machen und der rot-grünen Regierung die rote Karte zu zeigen. Zur Demonstration riefen PDS, attac, das „Bündnis gegen sozialen Kahl Schlag“ von Gewerkschaftsgruppen, verschiedene Sozialverbände, linke Gruppen und Teile der Friedensbewegung auf. Viele zeigten sich von der großen solidarischen Resonanz überrascht. „Diese Zahl übertrifft unsere kühnsten Erwartungen“, so attac-Sprecher Malte Kreutzfeld. Gerechnet hatte man mit 10.000 bis 20.000 Teilnehmern.

Aus mehr als 100 Städten in 200 Bussen kommen sie angereist, müde von der langen Fahrt aber voller Tatenkraft und mit Zorn im Bauch. Junge Familien, alte Menschen, Behinderte im Rollstuhl oder mit Gehilfen, Erwerbslose, Noch-Beschäftigte und Kleinunternehmer - eben aus allen Bevölkerungsschichten. Offensichtlich wird mehr und mehr Menschen deutlich, welche katastrophalen Auswirkungen die rot-grüne Regierung mit der Agenda 2010, der Hartz- oder Rürup-Kommission auf ihr Leben hat. Anders wäre nicht zu verstehen, dass sich so viele Menschen nach Jahren politischer Enthaltensamkeit derart massiv an einer Demonstration beteiligen.

Deshalb ruft auch der Frankfurter Sozialwissenschaftler Rainer Roth zum mutigen anhaltenden Protest auf: „Es muss ein Ruck durch Deutschland gehen, diese Demonstration kann ein Anfang sein“

und der ver.di-Sozialexperte Bernd Riexinger straft die Politik Lügen: „Es ist nicht wahr, dass die sozialen Sicherungssysteme nicht finanzierbar sind“, so der evangelische Pressedienst.

Die Demonstranten können eine Politik nicht mehr nachvollziehen, in der vor allem für Großverdiener und Großunternehmen der Spitzensteuersatz gesenkt wird, Kapitalsteuern halbiert werden und andere Entlastungen stattfinden und sich



eine gigantische Umverteilung von unten nach oben vollzieht. Die Zeche soll jedoch von den Erwerbslosen, Kranken, Armen und alten Menschen in der Gesellschaft bezahlt werden. Aber auch die Arbeitnehmer sind dran: Auf der einen Seite werden sie angeblich steuerlich entlastet, auf der anderen Seite wird ihnen durch „mehr Eigenverantwortung“ und dem Abbau von Tarifgehältern das Geld wieder aus der Tasche gezogen. Ein Teilnehmer der Demonstration aus Dresden entrüstet sich:

„Hoffentlich merken bald alle, wie wir hier gnadenlos verschaukelt werden“. Eine erwerbslose Teilnehmerin aus Köln: „Seit 20 Jahren haben wir Sozialabbau, aber immer mehr Arbeitslose. Mir reicht es jetzt“.

Der Zorn lässt sich gut nachvollziehen: Allein die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe im nächsten Jahr führt zu sechs Millionen Sozialhilfeempfängern mit einem Sozialhilfeniveau unter dem von heute. Eine alte Dame verteilt ihr Gedicht: „Das letzte Hemd hat keine Taschen“. Sie fragt sich darin, warum die Politik die Erwerbslosen, Alten, Kranken und Armen den Geiern überlässt. Einige Transparente sprechen bereits von Apartheid.

Enttäuscht waren viele von der Haltung des DGB, der sich zurückgehalten hat und sich von einer Demonstration „nichts versprach“. So kommentiert Mag Wompel vom LabourNet in „Junge Welt“ die Situation: „Und doch setzen die Gewerkschaftsführungen immernoch

lieber auf den Dialog mit den Tätern, statt auf Widerstand mit den Opfern.“ Es ist daher den vielen einzelnen Gewerkschaftsgruppen zu verdanken, die sich über die Gewerkschaftsführungen hinweggesetzt haben und trotzdem zur Demonstration führen, so wie die Erwerbslosen von ver.di in Köln und anderswo.

Nach dem Vorsitzenden der PDS, Lothar Bisky, zeigt die Demonstration deutlich, dass die Menschen soziale Ungerechtigkeiten nicht einfach hinnehmen. Nach Meinung der PDS reicht es aber noch nicht. Sie ruft für den März des kommenden Jahres zu einem Sozialgipfel zwischen Gewerkschaften, Sozialverbänden und globalisierungskritischen Organisationen wie attac auf. Ein Gespräch mit dem IG-Metall-Chef Peters ist bereits verabredet. Gespräche mit attac und ver.di sollen folgen meldet die „Frankfurter Rundschau“.

Die Betroffenen sind sich einig: Es reicht noch nicht, der Druck auf diese verachtende Politik der Ausgrenzung soll noch größer werden. Köln 05.11.03

Die AG politisch vernetzte Aktionen nach Aussen trifft sich jeden 2. Mittwoch 17:30 Uhr im KALZ Herbrandstr.7 50825 Köln www.erwerbslose.de.vu erwerbslose@gmx.de